

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich
mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffkotten und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22½ Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18¼ Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden anwärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Speciteur, von der Expres-Compagnie, Spandauerbrücke 3, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizeipaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 12. Januar.

Die Lassalleaner, unter dieser Ueberschrift stellt das hier erscheinende conservative „Neue Allgemeine Volksblatt“, im Hinblick auf „die heranabenden Wahlen und das dadurch wieder erheblich gesteigerte Interesse an dem Parteiwesen“, in einem Leitartikel Betrachtungen an, über die deutsche social-demokratische oder Arbeiterpartei, Betrachtungen, welche für unsere Parteigenossen und Leser insofern von Interesse und lehrreich sind, als dieselben zeigen, wie man in einem Theile des conservativen Lagers unsere Parteistellung aufzufassen beliebt.

Lehrreich ist diese Auffassung für unsere Parteigenossen ganz besonders deshalb, weil sie ihnen abermals einen Fingerzeig giebt, wie sehr sie sich davor zu hüten haben, durch Formstreitigkeiten und Ueberschätzung von Nebensachen ihren Gegnern eine scheinbare Verechtigung zu der, freilich nicht ernst gemeinten Annahme und Behauptung zu bieten, daß in diesen Formen und Nebensachen das ganze Parteiprincip liege und mit ihrer Störung oder Erschütterung das Princip selbst erschüttert oder abhanden gekommen sei.

Doch wenden wir uns nunmehr zu dem Artikel selbst.

Derselbe lautet nach einer schon erwähnten kurzen Einleitung, wie folgt:

Die Partei ist seit Lassalle's Tode vollständig gespalten und die Fortschrittsblätter haben sie bereits begraben. Selbst die „Kölnische Zeitung“, die die Selbstständigkeit ihrer Ansicht der herrschenden Schulzestrebungen gegenüber gewahrt hat, jagte kürzlich in ihrem Rückblick auf das Jahr 1865 Folgendes: „Im Angesichte der allmählig wachsenden Gewährung freier Concurrenz ist auch 1865 die Schulze'sche friedliche „Selbsthilfe“-Bewegung fort und fort gewachsen und die ihr gegenüberstehende revolutionäre Lassalle'sche „Staatshilfe“-Agitation mehr und mehr zerfallen. Die Lassalle'schen Epigonen (Nachfolger) wüthten in ihren betreffenden Versammlungen kaum noch etwas vorzubringen, als die inneren Streitigkeiten und gegenseitigen Anklagen ihrer Präsidentenschafts-Präsidenten, während den Arbeitern selber die hundert Millionen, welche Lassalle von der Regierung für sie gefordert hat, als eine Seifenblase erscheinen.“ Wenn man nur nach den äußeren Verhältnissen urtheilt, so mag solche Ansicht, wie sie die „Köln. Ztg.“ hier ausspricht, entschuldigbar sein, wenn man aber tiefer in die Sache hineinblickt, so wird man zu ganz anderen Schlußfolgerungen gelangen.

Lassalle's Princip war nicht die „Staatshilfe“, sondern das allgemeine directe Wahlrecht und zwar, so ausschließlich, daß er in seinem offenen Antwortschreiben schrieb: „Alle Kunst praktischer Erlolge bestehe darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf Einen Punkt, — auf den wichtigsten Punkt, zu concentriren und nicht nach rechts noch links zu sehen. Wäken Sie nicht nach rechts noch links, seien Sie taub für alles, was nicht als allgemeines und directes Wahlrecht heißt oder damit in Zusammenhang steht und dazu führen kann!“

Lassalle war Anfangs auch consequent genug, jede andere Agitation, selbst die für Gewerbefreiheit, als zersplitternd und ablenkend, abzulehnen. Welches Ziel ihm aber bei dem allgemeinen direkten Wahlrecht vorschwebte, geht am besten aus seinem „Arbeiterprogramm“ hervor, es wollte keineswegs nur ein Paar Millionen für den Arbeiterstand flüssig machen, sondern eine ganz neue Staatsidee verwirklichen. Lassalle ist später inconsequent geworden, er hat sich mit Herrn Schulze-Delitzsch in volkwirtschaftliche Streitigkeiten eingelassen, dadurch das Capitel der Staatshilfe auf die Tagesordnung gebracht und so die allgemeine Aufmerksamkeit mehr auf diese für den eigentlichen Lassalleanismus untergeordnete Controverse gelenkt. Wenn Lassalle sich überzeugt hätte, daß die hundert Millionen wirklich nur eine Seifenblase waren, so würde er von der Forderung des allgemeinen direkten Wahlrechts doch noch keinen Deut abgelassen haben und so sind auch zu den Lassalleanern nicht diejenigen zu zählen, die an diese Millionen glauben, sondern die für das allgemeine directe Wahlrecht einzutreten im Stande sind.

Ist das aber richtig, so wird man die Behauptung, der Lassalleanismus sei gegen die Schulze'sche Selbsthilfe-Bewegung mehr und mehr zerfallen, als eine ganz irthümliche und irreführende erkennen. Lassalle's Princip, das allgemeine directe Wahlrecht, hat vielmehr im Arbeiterstande so gestärkt und sich soweit in demselben verbreitet, daß die Schulze'sche Selbsthilfe-Bewegung sich nur dadurch vor dem gänzlichen Zerfall hat schützen können, daß sie sich selbst auf den Boden des allgemeinen directen Wahlrechts gestellt hat, mit anderen Worten: fast alle Schulzeaner sind zu Lassalle's Fahne übergegangen und selbst Herr Schulze-Delitzsch hat sich im Princip für Lassalle erklären müssen.

Unter diesen Umständen ist es leicht begreiflich, daß die Lassalleaner zur Zeit als besondere Partei wieder verschwunden sind, es fehlt innerhalb des Arbeiterstandes der Gegensatz, an den Lassalle seiner Zeit anknüpfte. Aber der Lassalleanismus ist darum nicht todt, im Gegentheil sein Princip hat im Arbeiterstand, so weit sich dies aus allen vorliegenden Nachrichten übersehen läßt, einen vollständigen Sieg davon getragen und es ist vorber zu sehen, daß der Arbeiterstand, sobald er zu einer politischen Action berufen werden wird, mit Einmüthigkeit der Fahne des allgemeinen directen Wahlrechts, der Lassalle'schen Fahne und keiner anderen folgen wird, und daß alle Führer der Arbeiter, Herrn Schulze-Delitzsch nicht ausgenommen, als Epigonen Lassalle's anstreben werden.

Wir können die von allen unseren Gegnern mit innigem Behagen fast tagtäglich wiederholte Behauptung der „vollständigen Spaltung der Partei“, so wie das der „Köln. Ztg.“ wohl zu gönnende, sich selber Trost spendende Triumphlied über die „Schulze'sche friedliche „Selbsthilfe“-Bewegung“ um so eher übergehen, als wir uns bereits darüber geäußert haben.

Befassen wir uns vielmehr mit dem Kernpunkt des ganzen Artikels, mit der Behauptung nämlich, „Lassalle's Princip“ sei „nicht die „Staatshilfe“, sondern „das allgemeine directe Wahlrecht“ gewesen und „die Lassalleaner“ seien, „wie leicht begreiflich, zur Zeit als besondere Partei wieder verschwunden.“

Beiläufig nur sei hier bemerkt: Lassalle's Princip war und konnte kein anderes sein als das social-demokratische und er selbst hätte wohl am stärksten gegen den Uusinn protestirt, von einem

„Lassalle'schen Princip“ und von „Lassalleanern“ zu sprechen.

Von dem allgemeinen directen Wahlrechte nun als vom social-demokratischen Princip zu sprechen, beweist entweder völlige Unkenntniß der Sache, auf welche es hier ankommt, oder wissentliche Verdrehung.

Denn das social-demokratische Princip bezweckt die Verwirklichung der Freiheit auf der Grundlage der vollendeten Gleichheit in den Bedingungen zum materiellen Erwerb oder mit anderen Worten, und negativ betrachtet, es will die Beseitigung des Besizes materieller Dinge als Grundlage der höchsten Bethätigung der Persönlichkeit, während das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht, d. i. die Geltendmachung der reinen Persönlichkeit, als alleinige Grundlage der Theilnahme am Staatswillen, nur das Mittel ist, um zu jenem Zwecke zu gelangen.

Allerdings handelt es sich also bei diesem Princip, und zwar in erster Linie, um die sogenannte „Staatshilfe“, d. h. um die Benennung der Staatsgewalt zur socialen Gleichstellung der nicht besitzenden Klasse mit der besitzenden.

In dem Umfande, daß die Forderung des allgemeinen Wahlrechts auch von der reinen Demokratie erhoben wird, liegt durchaus nicht eine Aufhebung des Gegensatzes zwischen ihr und der Social-Demokratie.

Für die reine Demokratie, für die Demokratie der besitzenden Klasse, ist jene Forderung lediglich die Anerkennung des positiven Princips der freien Persönlichkeit, während sie für die Social-Demokratie, für die Demokratie der nicht besitzenden Klasse, die Verneinung des Eingreifens des materiellen Besizes bedeutet und erhoben wird zum Zwecke der unmittelbaren Herrschaft über alle Organe der Staatsgewalt und zum Zwecke des Eingreifens derselben in das Princip des materiellen Erwerbes, zu Gunsten der nicht besitzenden Klasse.

Wenn Herr Schulze, gedrängt von der social-demokratischen Agitation Lassalle's, jetzt gleichfalls die Fahne des allgemeinen Wahlrechts aufgepflanzt hat, so ist dies von ihm keineswegs in dem oben dargelegten Sinne, im Namen der Interessen der nicht besitzenden Klasse (denn er leugnet bekanntlich jedes Klasseninteresse), sondern nur im Sinne der reinen Demokratie geschehen, die niemals, niemals, in Wirklichkeit und aufrichtig, etwas Anderes wollen kann, als daß der Staat im Interesse des Besizes, sowohl hinsichtlich der Verfassung als auch der Verwaltung, eingerichtet werde.

Daß damit Herrn Schulze-Delitzsch, welcher vorgiebt, die Interessen der arbeitenden oder nicht besitzenden Klasse zu vertreten, der Boden unter

den Füßen abhanden gekommen ist, bedarf keiner weiteren Erörterung, weil es eben, wie das „N. Allg. Volksbl.“ sehr richtig und nur mit falscher Nuanzwendung bemerkt, innerhalb der Arbeiterklasse an einem Gegensatze fehlt.

Die Arbeiter haben dies, haben ihr gemeinsames Klasseninteresse, trotz Herrn Schulze, bereits zum weitestgrößten Theile sehr richtig erkannt, und werden es noch weit besser und allgemeiner erkennen, so daß Herr Schulze, wenn er nicht Social-Demokrat werden will, gar bald genöthigt sein dürfte, seine falsche Stellung gänzlich aufzugeben und in jene Reihen zurück zu treten, in welche er, gemäß den von ihm seither vertretenen Lehren und Ideen gehört, in die Reihen der Bourgeoisie.

Ueber die hundert Millionen zu sprechen, welche Lassalle vom Staate gefordert, von einem der heutigen Staaten gefordert haben soll, wird wohl kaum nöthig sein.

Jeder Vernünftige und ehrlich Urtheilende weiß, daß Lassalle damit nur nachgewiesen haben wollte, mit wie verhältnißmäßig geringen Mitteln die neue Produktionsweise angebahnt werden könnte. Niemals und an keinem Orte aber hat er ausgesprochen, daß er jetzt, wenn man ihm diese hundert Millionen zur Verfügung stellte, dieselben angenommen und zu solchen Zwecken angewendet wissen wollte.

Grundfalsch ist in dem vorliegenden Artikel des „N. A. B.“ die Ausführung, Lassalle sei später „unconsequent“ geworden, weil er sich mit Herrn Schulze-Dehlysch „in volkswirtschaftliche Streitigkeiten“ eingelassen und dadurch das „Capitel der Staatsbürgerschaft“ hervorgerufen und die Aufmerksamkeit auf eine für den eigentlichen „Lassalleanismus“ „untergeordnete Controverse“ gelenkt hätte.

Daß „das Capitel der Staatsbürgerschaft“ keine „untergeordnete Controverse“ in der politischen Dekonomie der socialistischen Schule ausmache, haben wir bereits angedeutet, worauf wir uns auch für heute beschränken müssen.

Aber noch aus einem ganz anderen Grunde war es auch für die praktische Agitation Lassalle's wichtig und unerlässlich, Herrn Schulze-Dehlysch auf das Gebiet volkswirtschaftlicher Theorien zu folgen, da es gerade diese waren, womit Herr Schulze die Köpfe der Arbeiter denkfähig zu machen auf dem besten Wege war und da ohne das richtige ökonomische Verständniß, ohne thätige social-politische Bildung der Arbeiterklasse das allgemeine Stimmrecht für dieselbe keinen Sinn hat, ihr nichts nützen, sondern im Gegentheil nur schaden und lediglich den herrschenden Klassen zu Gute kommen kann.

Das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht ist vielmehr nur dann von wirklichem Werthe für die Arbeiter, wenn sie sich darüber klar, vollkommen klar sind, wie und wozu sie es ausüben sollen.

Wenn also das „N. Allg. Volksbl.“ meint, die „Lassalleaner“, d. h. die Social-Demokraten, seien

„zur Zeit als besondere Partei wieder verschwunden“, so befindet es sich in einem schweren Irrthume.

Nein, nein, sie leben, die Social-Demokraten, und gedenken noch länger zu leben, ja erst recht zu leben anzufangen, unbekümmert um das Wuthgeschrei der gegnerischen Presse, die nicht müde wird, täglich die alte Lüge von dem Tode der Social-Demokraten zu wiederholen. Es nützt alles nichts, wir leben, wir leben dennoch und werden leben, so lange es besitzende Bourgeois und Aristokraten und besitzlose Arbeiter, so lange es kapitalbesitzende Unternehmer und kapitallose Lohnarbeiter giebt, und so lange eben deshalb ein Gegensatz bestehen muß zwischen der reinen und der Social-Demokratie.

Ueber diesen Gegensatz das nächste Mal.

Deutschland.

* Berlin, 12. Januar. [Zur Elberzogthümerfrage] wiederholt eine anscheinend officöse Correspondenz der „Frankfurter Postzeitung“ in noch bestimmterer Form als früher ihre Meldung, daß augenblicklich zwischen den Westmächten Unterhandlungen über die schleswig-holstein'sche Frage gepflogen werden. — Die Berliner Dementis der Nachricht, daß eine Fortsetzung der Londoner Conferenz in Aussicht stehe, werden in Wien sehr derb abgefertigt. Man besteht auf der Wahrheit dieser Mittheilung und fügt sogar hinzu, England habe bereits in einer Note vom 24. v. Mis. in nicht unfreundlichem Sinne geantwortet. Die englische Regierung wäre demnach nicht abgeneigt, auf das französische Project einzugehen, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Augustenburger vorerst mit dem factischen Besitze von Holstein besleidet würde, so daß es sich auf jener Conferenz zunächst nur um den internationalen Theil der Herzogthümerfrage handeln könnte. Es handelt sich nun darum, eine Form zu finden, unter welcher dies geschehen könnte und da erscheint es denn als der naturgemäße Weg, Desterreich zu vermögen, seinen Besitztum aus dem Wiener Vertrage und der Gasteiner Convention auf den Augustenburger zu übertragen. Dabin scheinen nun die Bemühungen der beiden Westmächte zuwörderst gerichtet.

— [Aus den Elberzogthümern], aus Schleswig, berichtet die „Schlesw.-Holst. Ztg.“: „Auf der hiesigen Post werden ankommende Pakete von Gensd'armen erbrochen; Augenzeugen, die die Thatsache verbürgen, haben sie uns erzählt.“ — Die „Kieler Ztg.“ veröffentlicht ein Rescript des Statthalters an die Landesregierung, welches mit Berufung auf die am 18. November v. J. von den Gesandten der deutschen Großmächte am Bunde abgegebene Erklärung die Annahme von Petitionen, welche auf eine etwaige Einberu-

fung der Ständeversammlung gerichtet sind, entschieden ablehnt.

— [Die hier erscheinende „Lib. Correspondenz“] verwahrt sich auf das Entschiedenste gegen Pläne einer Veränderung des Programms der Fortschrittspartei, wie eine solche z. B. der Abg. Dr. Löwe-Salbe aufgestellt hatte. Die „Lib. Correspondenz“, bekanntlich ein Organ von Abgeordneten der Fortschrittspartei, schreibt nämlich:

„Nichts liegt der großen Masse der Fortschrittspartei ferner, als der Gedanke, auf alle Verbesserungen, die in geordnetem Wege möglich sind, Verzicht zu leisten und vorläufig Lustschlösser zu bauen, die erst nach einem allgemeinen Zusammenbruch verwirklicht werden können. Das Programm der Fortschrittspartei bezieht den Weg unserer Reformen in der Staats-, wie in der Gemeindeverfassung, in dem Steuerwesen, in der Schul-, wie in der Armee-Organisation so bestimmt, daß man nicht bloß wissen kann, was sie überhaupt will und wünscht, sondern sogar in welcher Reihenfolge und auf welchen gesetzlichen Wegen sie solches durchzuführen gedenkt.“

Ist es nicht, um Steine weinen zu machen? „Verbesserungen, die in geordnetem Wege möglich sind“ „In welcher Reihenfolge“ und „auf welchen gesetzlichen Wegen!“ Mit solcher Zuversicht spricht die Fortschrittspartei noch im Jahre 1866! Mehr braucht man wahrhaftig nicht zu sagen!

— [Die „Kreuzzeitung“] meint, daß die „Servilität“ zu den charakteristischen Merkmalen unserer Zeit gehöre. Wenn je einmal die „Kreuzzeitung“ ein wahres Wort gesprochen, so ist es gerade dieses.

— [Preussische Press-Schicksale.] In Königsberg kam am 9. d. M. der gegen die 17 Preuss. Abgeordneten Gutsbesitzer Dr. Vender, Buchholz, Denalies, Frenzel, Gerlich, Häbler, v. Hennig in Berlin, Frbr. v. Hoberbed, Dr. Joh. Jacoby, Prof. Dr. Köller, Dr. Kalau v. d. Hölle, Papendick, Plehn, Preuß, Ober-Gerichtsassessor a. D. Schmiedede, Landrath a. D. Gutsbesitzer Julius Schlad und Fabrikant Gustav Weese in Thorn, wegen der von ihnen unterzeichneten Flugschrift: „Was thut dem Landmanne in Preußen noth“ angehängte Preßprozeß vor dem Oestr. Tribunal in zweiter Instanz zur Verhandlung. Das Kreisgericht in Mohrungen hatte bekanntlich auf Freisprechung erkannt. In dem Termin war keiner der Angeklagten persönlich erschienen, nur Herr Dr. Vender hatte zu seiner Vertretung Herrn Justizrath Klimowicz bevollmächtigt. Der Ober-Staatsanwalt Hr. v. Batocki beantragte, wegen Beleidigung des Ministerii gegen jeden der Angeklagten auf 6 wöchentliche Gefängnißhaft und wegen Aufreizung der Angehörigen des Staates gegen einander (§ 100 des Str.-G.-B.) ebenfalls gegen Jeden auf 30 Tblr. event. 14 tägige Gefängnißhaft zu erkennen. Der Gerichtshof, bestehend aus den Herren Tribunal-Räthen Gutzeit, Sanger und Hahn, beschloß nach mehr denn einständiger Berathung zunächst die Wiederholung der Beweisaufnahme durch vollständige Verlesung der Flugschrift. Der Gerichtshof erkannte demnach auf Abänderung des ersten Urtheils, indem er den vom ersten Richter zum Schutze der Angeklagten herangezogenen § 154 des Str.-

Feuilleton.

Bilder aus dem Arbeiterleben.

Von Gustav A.

III. Kampf zwischen Arbeit und Kapital.

2. Das Weib.

(Fortsetzung.)

Ich hatte damals das Alter von 27 Jahren erreicht und da ich mich von allen sinnlichen Genüssen fern hielt, schon oft von meinen Freunden die nedende Frage hören mußten, ob die Liebe überhaupt in meinem Leben keine Rolle spiele.

Die Antwort hierauf war mir schwer. Nicht etwa deshalb, weil ich ein Feind der Frauen gewesen wäre, nein; doch hatte noch kein weibliches Wesen einen solchen Eindruck auf mich gemacht, um Verhältnisse, wie sie der Zufall schafft, ernster zu gestalten.

Nur ein einziges Mal war es einem Mädchen, das ich in den amerikanischen Prairien bei einer Reisegesellschaft traf, gelungen, jenen geheimnißvollen Zauber auf mich auszuüben, der jenes Gefühl in mir wachrief, das man Liebe nennt. Sie nannte sich Lucie Voithrod und war etwa 16 Jahr alt. Als ich jedoch hörte, daß der Mann, der sie unangeführt begleitete, ihr Gatte und nicht, wie ich vermuthete, ihr Vater sei, stob ich schnell ihre gefährliche Nähe und ob ich seitdem nichts von ihr

vernommen, tauchte doch ihr Bild selbst nach langer Zeit unzählige Male in mir auf.

Als ich das Schiff betreten, das mich in meine Heimat führen sollte, traf ich Lucie Voithrod mit ihrem Gatten wieder.

Ich knüpfte sofort die alte Bekanntschaft wieder an und da meine Hoffnungen nicht zurückgewiesen wurden, war ich fast fortwährend der Gesellschaft des Ehepaars.

Dies Verhältniß hatte längere Zeit gedauert und unser Capitain uns bereits mitgetheilt, daß wir bei günstigem Wetter in zwei bis drei Tagen die englische Küste erblicken würden.

An demselben Tage, an dem wir diese freudige Botschaft empfangen und ich ein wenig auf dem Verdeck promenirte, gestellte sich mir der Gatte Luciens zu.

Mein Herr, begann er nach einigen formellen Höflichkeiten, habe Ihnen da etwas, ich glaube für beide Theile Wichtiges, mitzutheilen, wollen Sie mich anhören?

Ueberrascht blickte ich den Sprechenden an, der, sich vorsichtig umblickend, fortfuhr: Wir sind allein, jede Störung also unwahrscheinlich.

Meine Neugier wurde rege. Sprechen Sie, sagte ich, ich stehe Ihnen gern zu Diensten.

Nun denn, Sie werden erfahren haben, ich bin Amerikaner!

Ich weiß es!
Well, aber Sie wissen nicht, daß Lucie nicht meine Gattin, sondern mein Pflegekind ist.

Nachdem Voithrod sich einen Augenblick an meiner Ueberraschung geweidet, begann er mit einem kurzen

Lachen: Sie machen da ein sehr närrisches Gesicht. Konnte das wohl voraussetzen, sie sind eben ein Deutscher. Ich aber bin Amerikaner und diese, wissen Sie, sprechen und handeln schnell. Will das jetzt auch thun! — Sie lieben Lucie — meine geliebte Frau, habaha! — still, still, keinen Einwand — will Sie Ihnen gern abtreten! Was bieten Sie?

Ihre Worte sind mir unverständlich!
Um — Mein', ich rede deutlich genug; nun, ohne alle Winkelzüge, ich trete Ihnen Miß Lucie ab! Aber umsonst? Umsonst Herr?

Das heißt, sagte ich stotternd, denn ich zweifelte noch immer daran, diese Worte recht verstanden zu haben. Das heißt, Sie wollen sie verk —

Run?
Zum Teufel! rief ich. Ist Miß Lucie Slavine? Soll ich sie Ihnen abkaufen?

Run ja doch! Was ist da mißzuverstehen! Also, was bieten Sie?

Bei diesen Worten konnte ich meinen Born nicht mehr zügeln. Sie christler, erbärmlicher Wicht, rief ich erregt, wenn Sie es wagen, auf einem deutschen Schiffe die Schmach Ihres Vaterlandes heimlich zu machen. Auf der Stelle eile ich zu Miß Lucie. Ich werde den Einfluß zu entdecken wissen, den Sie auf sie auszuüben wagen.

Ich wollte fortreiten, aber Voithrod vertrat mir den Weg.

Sie werden schweigen, sagte er in einem vor Wuth und Angst bebenden Tone, oder nur Einer verläßt lebendig